

Antrag an die 62. Delegiertenversammlung der KPV/NRW

„Kommunalpolitik – wo Demokratie lebendig ist!“

Einleitung

Kommunalpolitik ist das Fundament unserer Demokratie. In Städten, Gemeinden und Kreisen zeigt der Staat Handlungsfähigkeit. Dadurch bildet sich Vertrauen in seine Leistungsfähigkeit.

Das Fundament bekommt Risse. Die Folge: Die Demokratie gerät auch vor Ort unter Druck. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Besonders schwer wiegt, dass die Kommunen mit den ihnen vom Bund und Land übertragenen Aufgaben strukturell überfordert und chronisch unterfinanziert sind.

In einer Zeit, in der das Vertrauen in staatliche Institutionen schwindet, braucht es deshalb Mut zu Reformen, Entschlossenheit zum Handeln und Respekt vor der kommunalen Verantwortung.

Die KPV/NRW steht dafür, die kommunale Ebene zu stärken. Sie fordert insbesondere den Bund auf, das Konnexitätsprinzip strikt zu leben, Aufgabenübertragungen zu überprüfen sowie strukturelle und finanzielle Handlungsspielräume zu erweitern und die Entscheidungsfreiheit vor Ort zu sichern. Der Staat in seiner Gesamtheit muss dort stark sein, wo die Menschen ihm täglich begegnen.

1. Staatliche Handlungsfähigkeit beginnt in den Kommunen

Die Verbindlichkeiten der Kommunen in den Bereichen Investition und Liquidität steigen nach einer Phase der Konsolidierung wieder an. Kommunen brauchen und wollen Perspektiven und Planungssicherheit.

Die KPV/NRW begrüßt den *Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur*, mit dem das Land rund **31,2 Mrd. € in Bildung und Infrastruktur** investiert. Etwa **68 % dieser Mittel fließen direkt in die kommunale Familie**. Damit werden die Kommunen als Fundament eines handlungsfähigen Staates gestärkt.

Die KPV/NRW begrüßt zudem die notwendigen Reformimpulse der „Initiative Handlungsfähiger Staat“ und die Modernisierungsagenda von Bund und Land: Bürokratieabbau, klare Zuständigkeiten und schnelle Verfahren sind die Grundlage dafür, dass Verwaltung wieder als Partner und nicht als Bremse wahrgenommen wird.

Wir fordern:

- eine föderale Modernisierungsagenda, die Kommunen systematisch einbezieht,
- verlässliche und auskömmliche Finanzen und klare Aufgabenverteilungen,
- die Bündelung standardisierbarer Verwaltungsaufgaben ohne Gestaltungsspielraum, um

Doppelstrukturen abzubauen und Personal zu entlasten sowie

- vollzugstaugliche Gesetze, die in enger Abstimmung mit der kommunalen Praxis entstehen.

Kommunale Handlungsfähigkeit und -freiheit bedeutet, Entscheidungen vor Ort treffen und umsetzen zu können. Dafür braucht es Vertrauen in die Kompetenz der Kommunen – nicht neue Vorgaben von oben.

2. Kommunen als Motor der Modernisierung

Nordrhein-Westfalen treibt die Modernisierung von Staat und Verwaltung voran. Digitalisierung, Entbürokratisierung und Investitionen in Infrastruktur sind zentrale Voraussetzungen. Im Rahmen des Infrastrukturpakets werden **rund 5 Mrd. € für Kitas, Schulen und Ganztagsangebote** bereitgestellt, weitere **2 Mrd. € für energetische Sanierungen kommunaler Liegenschaften**.

Diese Investitionen sind sichtbare Zeichen, dass Modernisierung gerade auch **vor Ort** beginnt – dort, wo Menschen staatliches Handeln unmittelbar erleben.

Die KPV/NRW unterstützt die Initiativen der Landesregierung, die den Kommunen mehr Freiräume eröffnen:

- Aufhebung der Wertgrenzen bei Vergaben,
- Digitalisierung von Verwaltungsverfahren,
- vereinfachte Genehmigungen durch neue Bauordnungsregeln,
- Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben durch funktionale Ausschreibungen.

3. Starke Kommunen – starke Daseinsvorsorge

Kommunale Handlungsfähigkeit ist der Schlüssel zur Daseinsvorsorge.

Nur finanziell solide und organisatorisch leistungsfähige Städte und Gemeinden können wirtschaftlichen Entwicklung, Bildung, Sicherheit, Mobilität, Gesundheit und soziale Teilhabe sichern. Die Landesregierung garantiert mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan über die nächsten zwölf Jahre Investitionen von **27 Mrd. € an die Kommunen** und beteiligt sich an der **Altschuldenlösung**.

Das schafft neue Spielräume und Stabilität – diese gilt es jetzt zu nutzen.

Die KPV/NRW fordert:

- dauerhafte finanzielle Verlässlichkeit, insbesondere durch einen fairen Finanzausgleich und eine nachhaltige Altschuldenlösung, bei der auch der Bund einen substantiellen Beitrag leistet;
- eine Entlastung der Kommunen bei gesetzlichen Aufgaben durch wirksamen Belastungsausgleich;
- Planungs- und Investitionssicherheit für kommunale Infrastrukturvorhaben durch Bund und Land;
- sowie die Einbindung kommunaler Expertise bei allen Gesetzen mit Vollzugsrelevanz.

Die Kommunen sind nicht Empfänger staatlicher Leistungen, sondern **Gestalter einer funktionierenden Daseinsvorsorge**. Deshalb müssen Förderprogramme dauerhaft, planbar und flexibel ausgestaltet werden.

4. Vertrauen durch Leistung: Kommunalpolitik als Herz der Demokratie

Zu einer glaubwürdigen und lebendigen Demokratie gehört zwingend eine funktionsfähige kommunale Ebene.

Die KPV/NRW fordert:

- Wertschätzung und Unterstützung für das kommunale Ehrenamt;
-
- sowie echte Entscheidungsfreiheit bei der Gestaltung lokaler Lösungen.

Wenn Kommunen sichtbare Erfolge zeigen können – sanierte Schulen, moderne Rathäuser, neue Kitas und funktionierende Infrastruktur wie Straßen, Grünanlagen und Glasfasernetz – wächst das Vertrauen der Menschen in Politik und Verwaltung.

5. Schlussfolgerung

Nordrhein-Westfalen steht vor großen Aufgaben: wirtschaftliche Veränderungen, gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Einlösen von Aufstiegsversprechen sind dabei zentral. Die Antworten darauf werden nicht allein auf Landesebene gefunden – sie entstehen **in den Städten und Gemeinden**.

**Kommunalpolitik ist der Ort, an dem Demokratie lebendig ist.
Wer den Staat stärken will, muss die Kommunen stärken.**